Sie leben unter den Regeln des deutschen Staates, aber ohne darauf, wie andere Bürger, Einfluß zu haben. Soll das immer so bleiben?

Gewiß kann niemand im Ernst glauben, ein Rechtsextremist oder Gewalttäter werde dadurch zum Gesetzesgehorsam bekehrt, daß türkische Mitbürger ein Wahlrecht oder eine doppelte Staatsbürgerschaft erhielten. Doch es geht vor allem um etwas anderes. Es gibt eben nicht nur die ganz überwiegend anständigen Deutschen, sondern ebenso die ganz überwiegend-anständigen Türken. Und diese sind heute von einer großen Verunsicherung und Zukunftsangst geprägt. Niemand täusche sich über die Unruhe, Ratlosigkeit und auch Zorn unter ihnen.

Für ihr Selbstbewußtsein und ihr ganzes Lebensgefühl hat es ein elementares Gewicht, wie sich ihre staatsbürgerliche Stellung entwickeln wird und ob sie eines Tages endlich die Empfindung loswerden können, mitarbeitende Bürger zweiter Klasse zu sein. Nicht abstrakte Theorien schaffen Heimat, sondern das Leben. Wir wollen doch die Mitmenschen unter uns nicht zu Fremden stempeln, die seit Jahren, ja Jahrzehnten bewiesen haben, daß auch Deutschland für sie als Bürger Heimat ist. Sie müssen deshalb die Bindungen an ihre vorangegangenen Generationen nicht verleugnen. (...)

Offener Brief von Günter Grass **und** Peter Rühmkorf an Bundespräsident Richard v. Weizsäcker vom 3. Juni 1993

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

heute haben Sie in Köln der fünf in Solingen ermordeten türkischen Frauen und Kinder in einer Trauerrede gedacht. Das ist so richtig wie selbstverständlich; schließlich sind wir alle, auch Sie als höchster Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland, verantwortlich für die wiederholten Ausbrüche rassistischer Gewalt. Es kann ja nicht sein, daß die Schuld nur bei wenigen Tätern oder nunmehr bei einem Sechzehnjährigen zu suchen ist. Ist es nicht vielmehr so, daß seit Jahren Politiker aus höchsten Positionen die Furcht vor zu vielen Asylsuchenden, vor Überfremdung oder - wie der bayerische Ministerpräsident sagte - vor „Durchrassung der Deutschen“ herbeigeredet, im Wahlkampf mißbraucht und so dem Terror Vorschub geleistet haben?

Ein weiteres Ergebnis dieser engstirnigen und unheilbringenden Debatte liegt auf Ihrem Tisch: als im Bundestag mit Zweidrittelmehrheit verabschiedetes Gesetz soll es das Recht auf politisches Asyl dergestalt verkürzen, daß nur noch eine Worthülse bleibt als Ausdruck verfassungsändernder Heuchelei.

Nun soll und darf wieder abgeschoben werden. Wir sehen (im Fernsehen) diese Schübe rechtloser und verängstigter Menschen. Der Bundesinnenminister hat das unmenschliche Wort „Schüblinge“ in seinen vollziehenden Wortschatz aufgenommen. Unsere östlichen Nachbarn sehen sich genötigt, gegen Bezahlung mitzumachen.

Dieses schändliche Gesetz bestätigt die Mordanschläge von Hoyerswerda und Rostock, von Mölln und Solingen. Diejenigen werden sich dieses Gesetz als Erfolg gutschreiben, die der alltäglichen Gewalt gegen Ausländer offen oder heimlich zustimmen. Deshalb sei jetzt schon gesagt: Dieses Gesetz wird weitere Gewalttaten provozieren.

Bei Ihnen, Herr Bundespräsident, liegt nun die letzte Verantwortung. Zu unserem offenen Brief haben uns Ihre in Köln gesprochenen Worte Mut gemacht. Verweigern Sie, bitte, Ihre Unterschrift! Sagen Sie nein zu diesem nichtswürdigen Gesetz!

Mit freundlichem Gruß

Günter Grass   Peter Rühmkorf